

Elternhaus oder Vater Staat? Rückfragen an einen Paradigmenwechsel

In der deutschen Familienpolitik ist seit der Amtszeit von Renate Schmidt ein Paradigmenwechsel zu beobachten, der von ihrer Nachfolgerin im Amt Ursula von der Leyen konsequent weiter vorangetrieben wird. Dass es sich bei der seit 2003 vorangetriebenen neuen, als „nachhaltig“ bezeichneten Familienpolitik um einen grundlegenden Politikwechsel handelt, ist nicht umstritten. Befürworter wie Kritiker der neuen Familienpolitik sind sich hierin weitgehend einig. Die Ziele dieser neuen Politik sind von der Bundesregierung mit Hilfe von (i. d. R. quantifizierbaren) Indikatoren klar definiert worden. Zu diesen Zielen gehört es insbesondere,

- 1) die Frauenerwerbsquote und den Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern zu erhöhen
- 2) sowie die durchschnittliche Geburtenrate auf 1,7 Kinder pro Frau anzuheben.

Das Leitbild dieser „nachhaltigen“ Familienpolitik ist die „kontinuierliche“ Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Diese soll ermöglicht werden durch den Ausbau einer umfassenden Ganztagsbetreuung von Kindern spätestens ab dem zweiten Lebensjahr. Parallel zum Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung wird der Druck auf Eltern beiderseitig erwerbstätig zu sein verschärft. Ein Beispiel hierfür ist die Elterngeldreform mit der die vergütete Erziehungszeit für geringverdienende Eltern gekürzt wird, um eine möglichst frühzeitige Rückkehr von Müttern kleiner Kinder ins Erwerbsleben zu erzwingen. Dem Ziel den Erwerbsdruck auf Mütter zu verschärfen dient auch das neue Unterhaltsrecht, das die „nacheheliche Eigenverantwortung“ geschiedener Mütter einfordert. In einer Gesellschaft mit hoher Scheidungsneigung werden längere „Baby-Pausen“ damit für Mütter noch riskanter. Junge Frauen sind demnach aufgefordert künftig möglichst durchgängig in Vollzeit erwerbstätig zu bleiben. Auch auf (ältere) Mütter in intakten Ehen soll, u. a. durch „Reformen“ des Ehegattensplittings, mehr Erwerbsdruck ausgeübt werden. Dies fordern jedenfalls regelmäßig Vertreter internationaler Organisationen (OECD, EU) und deutsche Politiker(innen).

Das vorrangige Ziel dieses Paradigmenwechsels ist es gerade nicht, durch den Ausbau von Betreuungsangeboten mehr Wahlfreiheit für Eltern zu schaffen. Das Ziel der Wahlfreiheit zwischen Erwerb und Familie kommt in der Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht als zentraler Programmschrift des Paradigmenwechsels weder dem Wort noch der Sache nach vor. Dasselbe gilt für den Lastenausgleich zwischen Eltern und Kinderlosen, der über Jahrzehnte ein zentrales familienpolitisches Anliegen aller – der SPD- wie der CDU- geführten – Bundesregierungen war. Für die neue Politik hat ein Ausbau des „Familienlastenausgleichs“ keine Priorität. Aus ihrer Perspektive erscheint daher auch das Kindergeld nicht mehr als Mittel um unterschiedlich verteilte Lasten für die Kindererziehung auszugleichen, sondern als sozialpolitische Transferleistung, mithin als Almosen für Familien. Transfers an Familien werden nicht bloß als nachrangig betrachtet, sondern sogar grundsätzlich in Frage gestellt: Um eine aus ihrer Sicht „sinnvolle“ Verwendung der den Familien zufließenden Mittel zu gewährleisten, fordern Befürworter der neuen Familienpolitik Kindergeld und Kinderfreibeträge quasi einzufrieren, um mehr Geld für „Betreuungsinfrastruktur“ und „Sachleistungen“ ausgeben zu können.

Die Prioritäten der betroffenen Eltern sehen dagegen oft ganz anders aus: So geht aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen wie der „Population Policy Acceptance Study“ (2003) hervor, dass Eltern, insbesondere wenn sie mehrere Kinder haben, finanzielle Verbesserungen wie steuerliche Entlastungen oder ein höheres Kindergeld wichtiger sind als ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Dass die neue Familienpolitik die Bedürfnisse von

Familien mit mehreren Kindern ignoriert, zeigt beispielhaft das neue – als Lohnersatzleistung – konzipierte – Elterngeld: Etwa drei Viertel der Eltern, die ihr drittes oder ein weiteres Kind bekommen haben, erhielten 2008 höchstens 500 € Elterngeld. Viele von ihnen sind damit im Vergleich zur Erziehungsgeldregelung schlechter gestellt worden. Der Grund für die geringen Elterngeldansprüche ist die mit zunehmender Kinderzahl abnehmende Erwerbsbeteiligung der Mütter. Diese ist keineswegs nur mit unzureichenden Betreuungsangeboten zu erklären, sondern entspricht der Tendenz nach auch den Präferenzen der Eltern: Wie u. a. der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts zeigt, befürworten kinderreiche Eltern deutlich häufiger als Kinderlose und Eltern mit nur einem Kind eine eher „traditionelle“ Arbeitsteilung in der Familie. Die Agenda des familienpolitischen Paradigmenwechsels benachteiligt strukturell kinderreiche Eltern. Ob mit einer solchen Politik die Geburtenrate auf ein deutlich höheres Niveau von 1,7 Kindern pro Frau angehoben werden kann, erscheint zumindest fraglich.

Grundsätzlich ist es fragwürdig, Familienpolitik mit quantitativen Zielen wie einer höheren Geburtenrate oder Frauenerwerbsquote zu begründen: Zu leicht können exogene Faktoren – etwa eine Krise der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes – auch die besten politischen Absichten durchkreuzen. Sehr schnell können dann Enttäuschungen eintreten und sich der (Kurz)schluss aufdrängen, dass Familienpolitik „wirkungslos“ sei und man sie sich daher „sparen“ könne. Den Schaden hätten dann die Familien: Sie würden durch die Einsparungen – sei es bei den Transfers oder in der Infrastruktur – getroffen.

Eine zeitgemäße Familienpolitik sollte sich deshalb von der Fixierung auf quantitative Ziele lösen. Ihr Anliegen müsste es sein Familien gerecht zu behandeln und unterschiedliche Lebensentwürfe mit Kindern zu ermöglichen. Maßstäbe hierfür können nicht regierungsamtlich vorgegebene Quoten, z. B. zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung, sondern nur die tatsächlichen Präferenzen von Eltern und Kindern sein. Zentrale Anliegen einer wirklich demokratischen und humanen Familienpolitik wären die Leistungsgerechtigkeit gegenüber den Familien, das Wohlergehen der Kinder und die – auch ökonomisch abgesicherte – Freiheit von Eltern ihr Familienleben eigenverantwortlich gestalten zu können.

© Stefan Fuchs Mai 2009